

Übersichten

Juli 2000

Außenpolitik

1 Zhu Rongji auf Deutschlandbesuch

a) Deutschlandetappe im Rahmen einer Sechs-Länderreise

Am 27. Juni 2000 war Ministerpräsident Zhu Rongji zu einer 15-tägigen Europareise angetreten, die ihn durch sechs Länder führte, nämlich – in dieser Reihenfolge – Bulgarien, Deutschland, Luxemburg, Niederlande, Italien und Belgien. Am 29. Juni traf er zu einem viertägigen Besuch Deutschlands auf dem Schönefelder Flughafen in Berlin ein. Zhu, der als Stellvertretender Ministerpräsident bereits 1996 Berlin besucht hatte, kam in Begleitung mehrerer Minister sowie des Gouverneurs der Zentralbank seines Landes.

b) Wirtschaftsthemen im Vordergrund

Im Vordergrund des Besuchs, der am 30. Juni mit einem Empfang bei Bundeskanzler Schröder offiziell begann, sollten Wirtschaftsfragen stehen. In der Tat hielt sich der Reiseplan genau an dieses Thema, insofern Zhu

zwischen dem 30. Juni und dem 3. Juli nacheinander Berlin, Hamburg, die EXPO 2000 in Hannover und das Emsland besuchte, wo er sich bei einer Testfahrt mit dem Transrapid vertraut machte. Shanghai „sei gerne bereit, mit einer Teststrecke der Magnetschwebbahn zu experimentieren“, versicherte Zhu.

Außerdem konferierte er mit den Vorstandsvorsitzenden von BASF, Bayer, Ruhrkohle, BMW und Daimler Chrysler. BASF plant den Aufbau eines Chemiekomplexes in Nanjing in einer Größenordnung von 2,6 Mrd. US\$. Bayer will für 3,1 Mrd. US\$ nahe Shanghai eine Fabrik für Chemikalien und Kunststoffe bauen. Die Ruhrkohle AG plant ein Projekt für die Bekämpfung von Kohlebränden.

Hauptinteresse in der Öffentlichkeit aber erweckte, wie gesagt, der chinesische Wunsch im Zusammenhang mit dem Transrapid.

Nach der Besprechung mit dem Kanzler kam es zur Unterzeichnung von sechs Kooperationsabkommen, u.a. über (1) Industrie- und Technologiefragen, (2) über einen Rechtsdialog, (3) über den Aufbau eines petrochemischen Komplexes in Nanjing sowie (4) über eine Machbarkeitsstudie für die Magnetschwebbahn Transrapid (XNA, 2.7.00).

1999 lagen die chinesischen Exporte nach Deutschland bei 27 Mrd. DM (= 15%), die Einfuhren aus Deutschland dagegen bei lediglich 14 Mrd. DM (+ 14%). Es ergab sich hier also ein deutsches Handelsbilanzdefizit von rund 13 Mrd. DM.

Bis Ende 1999 hatte Deutschland ferner Investitionen in Höhe von rund 7 Mrd. US\$ in China eingebracht.

Nach Zhu Rongjis Meinung ergibt sich hier ein noch weitaus höheres Potenzial.

Die Höhe der deutschen Investitionen werde der wirtschaftlichen Bedeutung der Bundesrepublik in keiner Weise gerecht (XNA, 1.7.00).

Geplant ist auch eine Grundsatzvereinbarung, in der das Problem des Investitionsschutzes sowie der Gleichbehandlung der Unternehmen beider Seiten festgelegt werden soll. Genau genommen handelt es sich dabei um die Realisierung der von China bei den WTO-Verhandlungen eingegangenen Verpflichtungen.

c) Abkommen zu einem ständigen „Menschenrechts-Dialog“

Neben der Wirtschaft sollte freilich auch die Politik nicht zu kurz kommen.

Angesprochen wurde u.a. die Menschenrechtsfrage, deren Erörterung sich angesichts zahlreicher Vorfälle im Vorfeld des Zhu Rongji-Besuchs (Verhaftung Hunderter von Falun Gong-Anhängern, Massenhinrichtungen, Ti-betfrage) geradezu aufdrängte.

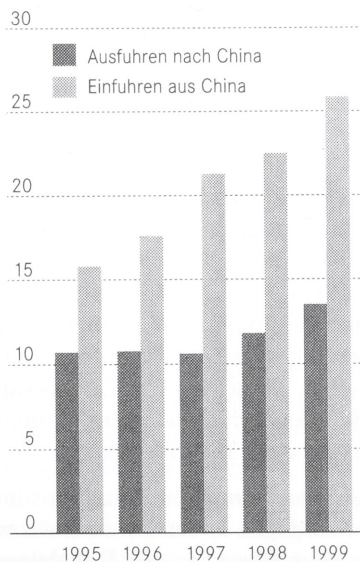
Auch hatte die deutsche Regierung am Vorabend des Zhu-Besuchs einen „Menschenrechtsbericht“ herausgegeben, der von einem Sprecher der chinesischen Regierung als „verzerrt“ bezeichnet worden war (XNA, 5.7.00). Zumindest in der Öffentlichkeit wurde dieser Bericht von Zhu nicht zur Sprache gebracht.

In Berlin marschierten 50 Demonstranten vor der chinesischen Botschaft auf und versuchten dort, die chinesische Fahne zu verbrennen. Gleichzeitig beschuldigten sie die deutsche Regierung, in der Menschenrechtsfrage alle fünf gerade sein zu lassen (SCMP, 30.6.00).

Beim Besuch des China-Pavillons auf der EXPO-Messe in Hannover sah sich

Deutsch-chinesischer Handel

Außenhandel in Mrd. DM



Quelle: Bundesbank

HANDELSBLATT-GRAFIK

Quelle: Handelsblatt, 19.6.00.

Zhu mit protibetischen Demonstranten konfrontiert, die allerdings durch die Polizei auf 30 m Entfernung gehalten wurden (DDP, in SWB, 4.7.00).

Die Thematisierung der Menschenrechtsfrage in Berlin hatte eine Auswirkung, die bisher einzigartig in der chinesischen Außenpolitik war, nämlich die Unterzeichnung eines „Abkommens über Dialoge zu Fragen der Gesetzgebung und der Rechtssprechung“.

Im Laufe der Jahre haben schon mehrere einschlägige deutsch-chinesische Symposien über Rechtsfragen stattgefunden, sei es nun unter Schirmherrschaft beispielsweise der Konrad-Adenauer-Stiftung in Nanjing oder aber der deutschen Regierung Mitte Juni 2000 in Beijing.

Dass Deutschland der erste Staat war, mit dem China ein solches Abkommen schloss, ist kein Zufall. Ist das deutsche Recht doch seit 1979 erneut zum Anknüpfungspunkt für zahlreiche chinesische Kodizes sowie für juristische Ansätze überhaupt geworden – eine Tradition, die bis auf die 20er Jahre des 20. Jahrhunderts zurückgeht und damals von der Guomindang begründet wurde.

Die Versicherung Zhus, China sei bereit, auf dem Gebiet des Rechts „von Deutschland zu lernen“ (SCMP, 30.6.00), ist also ganz gewiss keine Phrase!

Beide Seiten waren sich bewusst, dass Erwähnungen der „Menschenrechtsfrage“ längst zu einem bloßen Ritual geworden sind, das, im Kontext mit gleichzeitig stattfindenden Gesprächen über Wirtschaftsfragen, manchmal geradezu peinlich wirkt. Kein Wunder also, wenn der Vorschlag der deutschen Regierung, statt bloßer Rituale hier „konstruktive Gespräche zu führen“, auch in China auf offene Ohren stieß, wenn auch nicht gerade bei allen Mitgliedern der chinesischen Führungselite!

Das Abkommen wird China freilich keineswegs über Nacht in einen Rechtsstaat verwandeln, wird auch nicht zur Einstellung des Falun Gong-Verdikts führen und letztlich auch die Alleinherrschaft der KPCh nicht einengen können. Gleichwohl wurde hier ein Anfang getan!

d) Gemeinsamkeiten als Ermutigung in einer „neuen Phase“ bilateraler Beziehungen

Ein besseres Verhältnis zu Deutschland, wie es in dem Abkommen bestätigt wurde, scheint der chinesischen Führung vor allem aus drei Gründen angeraten: Zum einen ist Deutschland ein interessanter Handelspartner, der nicht nur brauchbare Technologien liefert, sondern seit Jahren auch einen beträchtlichen Handelsüberschuss zulässt, zweitens hat Berlin den Chinesen Gesicht gegeben, als Bundeskanzler Schröder beispielsweise im Anschluss an die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad zu einer Art „Sühnerreise“ nach Beijing aufbrach, und drittens gibt es zwischen Beijing und Berlin zumindest eine substantielle politische Gemeinsamkeit, nämlich Skepsis gegenüber dem von den USA geplanten Aufbau eines Raketenabwehrschilts (NMD und TMD).

Weitere gemeinsame Interessen gibt es beim Umweltschutz. Für Mitte Dezember ist deshalb eine deutsch-chinesische Umweltkonferenz in Beijing geplant, an der die deutschen Minister für Äußeres, für Entwicklung und für Umwelt teilnehmen. Die Veranstaltung soll unter dem Thema „Deutsch-Chinesische Umweltkonferenz 2000 – Gemeinsame Wege für eine nachhaltige Entwicklung“ stehen. Als Teilnehmer werden rund 500 Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Umweltverbänden beider Länder erwartet. Zeitgleich zur Konferenz veranstaltet das Bundeswirtschaftsministerium eine Ausstellung deutscher Umwelttechnologie und eine Unternehmerkontaktbörse. Als Themen der Konferenz sind der Ressourcenschutz, die Erhaltung der biologischen Vielfalt, eine effizientere Energie- und Wassernutzung, die Abfall- und Abwasserbehandlung sowie Methoden zur Luftreinerhaltung vorgesehen. Die Konferenz geht auf einen Vorschlag von Bundeskanzler Schröder während seines Chinabesuchs im Jahr 1999 zurück.

Zusammengenommen könnten diese Entwicklungen in der Tat so etwas wie eine „neue Phase“ in den Beziehungen zwischen Beijing und Berlin einleiten – ein Wunsch, den Zhu Rongji noch am Vorabend seines Deutschlandbesu-

ches geäußert hatte (XNA, in SWB, 1.7.00).

e) Erfolgserlebnis

Der 1928 geborene Zhu Rongji erhielt – allen Protesten von Menschenrechtsgruppierungen zum Trotz – zumindest von den Medien eine gute Presse: „Asketisch und effizient“, genieße er bei vielen Chinesen „ein hohes Ansehen, vor allem in Kreisen der Elite, die von ihm mehr erwartet als von ideologischen Phrasendreschern [...]“. Zhu wurde in westlichen Medien als 'Chinas Gorbatschow' dargestellt. Eher sollte man ihn als 'Chinas Kossygin' einschätzen (so die FAZ, 29.6.00). -we-

2 Putin in Beijing: Beschwörung der Wechselseitigkeit und der Multipolarität

Seit seinem Antritt als Staatspräsident Russlands hat Putin mehrere Auslandsbesuche unternommen, u.a. nach Großbritannien und Deutschland, wo er mit einer „jüngeren“ Politikergeneration zusammengelassen ist, die er schätzt und die ihm als Vorbild dient.

Dies war ganz anders in Beijing, wo es der 47-jährige Präsident mit lauter fast 70-Jährigen zu tun hatte und wo er auf eine Welt stieß, die ihm aus sowjetischer Zeit vertraut, wenn auch ganz bestimmt nicht angenehm ist.

Dass Putin sich in Beijing nicht besonders wohl fühlte, war insbesondere bei seinen – via Fernsehen weltweit übertragenen – öffentlichen Auftritten zu beobachten, beispielsweise sein Abschreiten der Ehrenformation vor der Großen Halle des Volkes am Platz des Himmlischen Frieden, wo er das Ritual mit versteinertem Miene mit vollzog. Schlechte Voraussetzungen also für die Begründung von „persönlichen Beziehungen“ zum neuen Mann im Kreml, wie sie der chinesischen Führung so sehr am Herzen liegen und wie sie zu Zeiten Jelzins offensichtlich noch eher möglich gewesen waren.

Enttäuschend auch nach wie vor die überaus bescheidenen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Nachbarn, die, allen Beschwörungen einer „Gemeinsamen Strategischen Partnerschaft“ zum Trotz, immer noch zurückhaltend sind. Zieht man z.B.

das Außenhandelsvolumen des Jahres 1998 zum Vergleich heran, so lag der chinesisch-russische Handelsaustausch damals bei 3,9 Mrd. US\$, der chinesisch-deutsche bei 4,2 Mrd. und der chinesisch-amerikanische bei 54 Mrd. Gemessen am Gesamtumsatz der VR China in Höhe von 324 Mrd. US\$ lag das Volumen mit Russland also schon fast bei einem bloßen Hundertstel!

So muss sich denn die „Strategische Partnerschaft“ hauptsächlich auf politische und auf militärische Komponenten beschränken.

Wenn es dazu noch eines Beweises bedurft hätte, so wäre er beim Beijing-Besuch Putins vom 17. bis 19. Juli 2000 erbracht worden. Vor allem die wachsende Vormachtstellung der USA, die Pläne Washingtons zum Aufbau eines Raketenabwehrschields und die mögliche Aufkündigung des ABM-Abrüstungsabkommens von 1972 durch die USA waren die Dauerthemen, die immer wieder zur Sprache kamen und die auch den entscheidenden Anlass dafür geben, dass beide Nachbarn politisch und militärisch künftig noch näher zusammenrücken wollen. Dies sei nicht weiter schädlich, hieß es immer wieder, da eine gute chinesisch-russische Zusammenarbeit dazu beitrage, den Frieden und die Abrüstungsbemühungen zu unterstützen (XNA, 19.7.00).

Während des Putin-Besuchs wurden nicht weniger als neun Dokumente unterzeichnet, nämlich (1) die „Beijing-Erklärung Chinas und Russlands“, (2) der „Gemeinsame Standpunkt der Präsidenten Chinas und Russlands über die ABM-Frage“, (3) ein Regierungsabkommen über die gemeinsame Entwicklung von Energieprojekten, (4) ein weiteres Regierungsabkommen über den Bau und die Unterhaltung eines Neutronenversuchsreaktors, (5) ein Kooperationsabkommen zwischen der Bank von China und der Russischen Bank für Außenwirtschaftsangelegenheiten, (6) eine „Übereinkunft der Erziehungsministerien beider Länder für die Zusammenarbeit im Zeitraum 2000-2002“, (7) ein Memorandum über die Beteiligung südkoreanischer Firmen an einer Machbarkeitsstudie über den Bau einer Gaspipeline von Russland nach China (das Memorandum wurde von den Gremien für Erdölfrä-

gen beider Länder unterzeichnet), (8) Ein Kauf- und (9) ein Verkaufsvertrag über 300.000 Tonnen westsibirischen Leichtöls, unterzeichnet von den nationalen Ölgesellschaften beider Länder (XNA, 19., 20.7.00).

Von besonderer Bedeutung sind – zumindest aus gemeinsamer Moskauer und Beijinger Sicht – die beiden ersten Dokumente.

Die „Beijing-Erklärung“ umfasst insgesamt 12 Punkte und umreißt sowohl Gemeinsamkeiten der Vergangenheit als auch gemeinsame Pläne für die weitere Zukunft: (1) Die bilateralen Beziehungen sollen auf eine noch solidere Basis gestellt werden. (2) Regelmäßige Kontakte und Gespräche auf „hoher Führungsebene“ (*gaoceng lingdao*), vor allem zwischen Repräsentanten der Außenpolitik, der Verteidigung, der Gesetzgebung, der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technologie. Angestrebt ist eine „*allseitige* sino-russische strategische Kooperation“. (3) Unterstützt werden sollen weltweit alle Kräfte, die nach Frieden, Stabilität, Entwicklung sowie Kooperation streben und sich gegen Hegemonismus sowie gegen Einmischungsversuche wenden. Als Ständige Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats wollten beide Seiten künftig noch enger zusammenarbeiten. Ziel sei die Schaffung einer weltweiten Multipolarisierung. Als besonders förderlich in diesem Zusammenhang habe sich die am 5. Juli 2000 in Dushanbe vereinbarte zusätzliche Zusammenarbeit der „Shanghai-Fünf“ erwiesen. Hier gehe es um Wahrung der Stabilität in Zentralasien, also in den beiden Vertragspartnern unmittelbar benachbarten Regionen. (4) Festgehalten werden müsse auch am ABM-(Antiballistic Missile)-Vertrag von 1972, der ein Eckstein internationaler Sicherheit sei. Versuche der USA, den ABM-Vertrag unter fadenscheinigen Vorwänden aufzulockern, seien „völlig grundlos“. (5) China und Russland respektierten sich in ihrer wechselseitigen Unabhängigkeit und wendeten sich gegen jegliche Aufsplitterungspolitik von außen her, sei es nun in Form von „nationalem Separatismus, von internationalem Terrorismus, von religiösem Extremismus und von anderen Spielarten grenzüberschreitender Kriminalität“. (6) Taiwan ist ein unabtrennbarer Teil der VR China und die Wie-

dervereinigung eine rein innerchinesische Angelegenheit. (7) Beide Seiten wollten in Zukunft die „materielle Basis ihrer strategischen Kooperation“ weiter ausbauen. Russland solle stärker an Entwicklungsprojekten in den chinesischen Westregionen beteiligt werden, vor allem bei der Erschließung dortiger Öl- und Gasreserven. (8) Auch die Grenzfrage müsse weiter unter Dach und Fach gebracht werden: Das „Abkommen zwischen beiden Regierungen über die gemeinsame Nutzung von Inseln in den Grenzflüssen“ vom 9.12.1999 sei beispiellos in der Staatenpraxis. Bis auf rund 2% sei der Verlauf der gemeinsamen Grenzen juristisch festgelegt. (9) Überaus befriedigend entwickle sich auch die Durchführung des Vertrags zwischen den fünf Nachbarländern China, Russland, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan „über Vertrauensbildung auf militärischem Gebiet in den zentralasiatischen Grenzregionen“. Man werde daran weiterarbeiten. (10) Die chinesischen und russischen Völker seien bemüht, ihre wechselseitige Freundschaft auch über die kommenden Generationen hinweg weiterzuführen. Aus diesem Grund müssten die Beziehungen nicht nur zwischen den Regierungen, sondern auch zwischen den Bevölkerungen verstärkt werden. Flexible Formen des Austausches unterhalb der Regierungsebene seien zu erproben. (11) Man habe beschlossen, Verhandlungen zur Vorbereitung eines „Chinesisch-Russischen Vertrags über Gutnachbarliche Freundschaft und Zusammenarbeit“ auszuarbeiten. (12) Jiang Zemin wird zu einer Staatsvisite in Russland im Laufe des Jahres 2001 eingeladen (XNA, in SWB, 20.7.00).

In der zweiten wichtigen Erklärung, die der ABM-Frage gewidmet ist, heißt es, dass der einschlägige Vertrag von 1972 den „Eckstein der globalen strategischen Stabilität und der internationalen Sicherheit“ bilde. Jeder Versuch, die damals getroffenen Vereinbarungen aufzuweichen, um dadurch Platz für ein NMD-(National Missile Defense)-System zu schaffen, werde von Beijing und Moskau entschieden bekämpft (XNA, 19.7.00). (Bekanntlich erwägen die Vereinigten Staaten den Bau eines Raketenabwehrschirms, um sich, wie es heißt,

vor allem gegen mögliche Raketenattaken von Seiten Nordkoreas, Iraks, Libyens oder anderer „Schurkenstaaten“ zu schützen. Die Versicherung, dass NMD keineswegs gegen Russland oder China gerichtet sei, wird in Beijing und Moskau nicht ernst genommen!)

All diese Erklärungen scheinen von bestem gegenseitigem Einvernehmen zu zeugen. Wie sehr das so freundschaftliche Außenbild jedoch nach wie vor durch innere Spannungen gestört wird, wurde im Zusammenhang mit einer Pressekonferenz deutlich, die Russlands Außenminister Igor Iwanow am 15. Juli, also kurz vor dem Putin-Besuch, im ostsibirischen Chabarowsk, gab: Das Problem der chinesischen „Migration nach Russland“, wie sie immer wieder von der russischen Massenpresse als Ausdruck einer „gelben Gefahr“ und einer „heimlichen Sinisierung Sibiriens“ beschworen wurde, könne das Klima zwischen Moskau und Beijing nicht ernsthaft stören, wenn man das Problem zur Kenntnis nehme und ernsthaft daran arbeite. Auch die Grenzfrage bereite keine Kopfschmerzen mehr, da ja „98% der gemeinsamen Grenzlinie“ bereits per Abkommen festgezurt worden seien.

Was die Teilnahme Russlands an der G7 (und inzwischen „G8“) anbelange, so könne auch sie kein Anlass zu ernsthaften Konflikten mit Beijing sein (Interfax, in SWB, 17.7.00).

Ungeachtet solcher Abwiegungsversuche scheinen sich in Russland aber doch Befürchtungen zu regen, dass der Verkauf von Waffen aller Art an China sich eines Tages wieder einmal gegen Russland wenden könnte. Russland liefert an China bekanntlich Sukhoi-27-Jagdflugzeuge, Raketenzerstörer der Sowremenny-Klasse, des Weiteren Hubschrauber und spaltbares Material, beteiligt sich am Aufbau eines KKW in Liaoning und am Ausbau einer Gaspipeline nach China. Sollte man diese Politik nicht neu überdenken?! Dies alles sind Sorgen, die zwar nicht von den Politikern – und schon gar nicht von Putin – offen ausgesprochen, die aber in einer beunruhigten Moskauer Öffentlichkeit immer wieder geäußert werden. -we-

3 Li Peng in Osteuropa – mit Jugoslawien als Schwerpunkt

Vom 11. bis 27. Juni 2000 unternahm der frühere Ministerpräsident und jetzige NVK-Vorsitzende, Li Peng, eine „Sechs-Länderreise“ durch Osteuropa, die ihn von Jugoslawien über Slowenien, Kroatien sowie die Slowakei und Aserbeidschan in die Ukraine führte.

Innerhalb des Politbüros war Li Peng vor allem zur Zeit seiner Ministerpräsidentenschaft für Außenpolitik zuständig gewesen. Diesen Bereich will er sich offensichtlich auch heute nicht nehmen lassen.

Im Zentrum der Reise stand Jugoslawien, und zwar nicht nur das unter diesem Namen verbliebene Kernland, sondern auch zwei einstige Teilrepubliken, nämlich Slowenien und Kroatien, nicht dagegen Bosnien oder gar der Kosovo.

Belgrad ist ein Pflaster, das Li Pengs Nachfolger Zhu Rongji vermutlich nicht ohne Unbehagen besuchen würde. Ganz anders Li Peng, der seinen projugoslawischen Kurs unbeeindruckt weitervertritt: Er weiß, dass sein „Gesicht“ im Westen ohnehin verloren ist und scheint nach der Devise zu agieren: Ist der Ruf erstmal ruiniert, lebt man endlich ungeniert. Kein Wunder, dass er in Belgrad mit offenen Armen empfangen wurde. Li und Milosevic erinnerten an gemeinsame Besuche und an die „Gemeinsame Erklärung“, die von Jiang Zemin und Milosevic 1997 unterzeichnet wurde. Mit ihr sei eine „solide Grundlage für engere jugoslawisch-chinesische Beziehungen“ geschaffen worden.

Li Peng zeigte sich auch von den „bemerkenswerten Errungenschaften beim Wiederaufbau des Landes und bei der Beseitigung jener Schäden“ beeindruckt, die während der 87 Tage der Bombardierung durch die NATO im Jahre 1999 angerichtet worden seien (XNA, 14.6.00).

In Belgrad besuchte er die chinesische Botschaft, die während der Luftangriffe im Mai 1999 bombardiert worden war – angeblich irrtümlich, wie die NATO hatte verlauten lassen. In diesem Zusammenhang dankte er der jugoslawischen Seite für die damals bezeugte Anteilnahme und erste Hilfe.

Ferner erinnerte er an das alte Prinzip der „Nichteinmischung“, das in den „Fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz“ beschlossen sei (XNA, 13.6.00).

Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums wies im Zusammenhang mit dem Li Peng-Besuch darauf hin, dass das NATO-Vorgehen gegen Jugoslawien ein Verstoß gegen fast sämtliche internationale Prinzipien (gewesen) sei, einschließlich des Verstoßes gegen die vom Westen immer wieder hoch gehaltenen Menschenrechtsforderungen (*Zhongguo Xinwenshe*, in SWB, 15.6.00).

Zum Abschluss seines dreitägigen Besuchs forderte Li den Abzug der internationalen Friedenstruppe Kfor (Kosovo Force) aus dem Kosovo. In einer gemeinsamen Erklärung wurde die UNO-Mission im Kosovo (Unmik = UN Interim Administration Mission in Kosovo) beschuldigt, Völkermord an Serben und an der nichtalbanischen Bevölkerung im Kosovo zu tolerieren. Vor allem die USA unterstützten „albanische Terroristen“ (RTS TV, Belgrad, in SWB, 14.6.00).

Li Peng erinnerte auch daran, dass China beim UNO-Sicherheitsrat den Beschluss Nr. 1244 durchgedrückt habe, der die Unabtrennbarkeit des Kosovo von Jugoslawien feststellte. Doch sei diese Resolution „systematisch verletzt“ worden. Kein Wort davon, dass serbische Truppen mit einer systematischen Vertreibung der Kosovo-Bevölkerung begonnen – und damit letztlich die Widerstandskräfte in- und außerhalb des Kosovo mobilisiert – hatten!

Im Gegensatz zu Beijing tritt Moskau für die Fortsetzung der Missionen von Kfor und Unmik ein und beteiligt sich sogar an diesen beiden Missionen. Ferner gibt es russisch-serbische Spannungen wegen ausstehender Belgrader Schulden, u.a. gegenüber dem russischen Konzern Gazprom.

Nachdem Russland mittlerweile Distanz zu Milosevic demonstriert, ist China einer der wenigen Staaten, die noch normale Beziehungen mit Belgrad unterhalten und dem Milosevic-Regime politisch, wirtschaftlich und finanziell unter die Arme greifen.

1999 stellte Beijing dem Regime Milosevic einen Kredit in Höhe von rund

300 Mio. US\$ zur Verfügung. Über weitere Kredite für die jugoslawische Petrochemie, für die jugoslawische Eisenbahn, für eine Glühbirnenfabrik und eine Brücke wird noch verhandelt.

Im Gegenzug erhielt China die Lizenz zum Aufbau eines dritten serbischen Mobilfunknetzes.

Was den Internationalen Strafgerichtshof für das Frühere Jugoslawien (International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia) anbelangt, so stellt China mittlerweile seine Existenzberechtigung nicht mehr in Frage. Doch müsse seine „Unabhängigkeit und Unparteilichkeit“, wie ein Regierungssprecher am 20. Juni betonte (XNA, 22.6.00), strikt gewahrt werden. Gleichzeitig wendet sich China gegen die Festnahme angeblicher „Kriegsverbrecher“. Auch hier verstoße die NATO – wieder einmal! – gegen völkerrechtliche Grundsätze.

Westliche Spekulationen gehen davon aus, dass Milosevic, sollte die Opposition in seinem Lande an Boden gewinnen, eines Tages gezwungen sein könnte, Exil in einem anderen Land zu suchen. Welches Bestimmungsland käme dafür freilich in Betracht? Russland will davon angeblich nichts wissen, da es sich kein serbisches Kuckucksei ins Nest legen lassen möchte. Auch Griechenland, ein bevorzugtes Urlaubsziel Milosevics, soll bereits abgewunken haben.

Damit aber käme China als Zufluchtsort in die engere Wahl (so z.B. *Der Spiegel*, 22/2000, S.178f.). -we-

4 Tod von 58 illegalen Einwanderern in Dover

Am 26. Juni 2000 machten Zollbeamte in der südwestenglischen Hafenstadt Dover eine grauenhafte Entdeckung: In einem Container, der von einem holländischen LKW-Fahrer gesteuert war, fanden sie die Leichen von 58 Chinesen, die erstickt waren. Nur zwei der Passagiere hatten die Odyssee überlebt, die via Russland und Osteuropa bis an die britische Küste geführt hatte (SCMP, 22., 27.6.00).

Bei dieser Gelegenheit stellte das britische Innenministerium fest, dass sich das Kontingent der chinesischen Asylsuchenden gegenüber dem Vorjahr um 26% erhöht hatte: China war damit an

Sri Lanka als Nation mit der höchsten Zahl von Asylsuchenden vorbeigegangen.

Einer der Überlebenden räumte ein, dass jeder seiner Leidensgenossen den „Schlangenköpfen“, d.h. den Anführern triadischer Vereinigungen, die Summe von rund 100.000 bis 200.000 Yuan (*Ming Pao*, in SWB, 23.6.00) (= rund 20.000 bis 40.000 DM) habe zahlen müssen und dass wohl fünf Jahre ins Land gegangen wären, ehe diese Summe im Durchschnitt wieder hätte zurückgezahlt werden können.

Der chinesischen Regierung war das Geschehen überaus peinlich. Man sei „geschockt“ über die Nachrichten, gab ein Regierungssprecher bekannt (XNA, 23.6.00), und werde künftig alles unternehmen, um in Zusammenarbeit mit diversen nationalen Einwanderungsbehörden gegen die „Schlangenköpfe“ vorzugehen. -we-

5 Drei Hauptgefahren eines WTO-Beitritts

Die Universität für Nationale Verteidigung brachte Mitte Juni 2000 eine Studie heraus, die sich mit Sicherheitsfragen im Zusammenhang mit dem bevorstehenden WTO-Beitritt Chinas beschäftigt: „Drei Hauptschocks“ seien zu erwarten, nämlich (1) ein ernsthafter Rückgang des Handelsüberschusses der VR China, (2) Übernahmen chinesischer Firmen durch ausländische Konkurrenten und (3) der unberechenbare Einfluss des Internets, der eine gewaltige Welle der „Verwestlichung“ mit sich bringen könnte.

Unter allen drei Gefahren sei die vom Internet ausgehende Bedrohung die größte, da sie auch Einfluss auf das Militärwesen und auf Wissenschaft sowie Erziehung in China nehmen könne (SCMP, 19.6.00).

Trotz solcher Bedenken geht die „herrschende Lehre“ Chinas jedoch dahin, dass die Vorteile eines WTO-Beitritts weitaus schwerer wögen als die Nachteile, welche letztere geschluckt werden müssten. Es sei nun einmal unvermeidbar, dass Zugeständnisse zu machen seien, und zwar sowohl bei den Zöllen als auch bei den Quoten, bei den agrarischen Exportsubventionen und in Schlüsselbereichen des Dienstleistungssektors wie der Telekommuni-

kation, der Finanzen und des Versicherungswesens.

Allerdings klagt Beijing, das, wie es meint, der WTO ohnehin schon weit entgegengekommen sei, über immer neue Nachforderungen, die sich z.B. auf konkretere Verpflichtungen zur Verringerung staatlicher Subventionen, auf mehr Privatisierung von Staatsbetrieben oder aber auf konkrete Maßnahmen beim Abbau von Marktschutzklauseln beziehen.

Niemand aus der chinesischen Führung will aber ernsthaft noch die schneller werdende Fahrt in die WTO-Gemeinschaft aufhalten, nachdem die 35 schwergewichtigsten (von insgesamt 135) WTO-Mitgliedern mit China zu einer Einigung gekommen sind, darunter die USA und die EU.

Nach den Statuten der WTO werden die Beitrittsverhandlungen multilateral geführt. Doch muss jeder Beitrittskandidat, also auch die VR China, bilaterale Gespräche zusätzlich mit solchen WTO-Mitgliedern führen, die dies ausdrücklich wünschen. Im Falle China haben hier 37 Staaten Gesprächswünsche angemeldet. In 35 Fällen konnte das Reich der Mitte bis Ende Juli 2000 bereits bilaterale Abkommen unter Dach und Fach bringen – und die Absprachen damit formalisieren. So verbleiben jetzt nur noch zwei Pakete zu schnüren, nämlich mit Mexiko und mit der Schweiz.

Abzuwarten ist auch noch die Zustimmung des US-Senats zum chinesischemerikanischen WTO-Abkommen (zur bereits erfolgten Zustimmung des US-Repräsentantenhauses vgl. C.a., 2000/6, Ü 1).

Die Handelsbeauftragte der USA mit Kabinettsrang und Chefunterhändlerin bei den WTO-Gesprächen mit Beijing, Charlene Barshefsky, weist in einem Zeitungsbeitrag nicht nur auf die wirtschaftlichen Vorteile hin, die China und die USA im Falle eines WTO-Beitritts Beijings erzielen könnten, sondern auch auf den Demokratisierungseffekt: Nur wenn China ein allseits berechtigtes – und fest eingebundenes! – Mitglied der Welthandelsgemeinschaft werde und wenn sich sein wirtschaftlicher Aufstieg schnell konsolidiere, könne auch die Demokratisierung Fortschritte machen (abgedruckt in *Handelsblatt*, 3.7.00): „Han-

del stärkt Demokratie“! Ob diese Aussicht von manchen Mitgliedern der chinesischen Führung nicht ebenfalls als „Gefahr“ betrachtet wird? -we-

6 Chongqing – ein neues Drehkreuz der chinesischen Außenbeziehungen

Jahrzehntelang hatte es in der VR China nur ein einziges offizielles Zentrum für Außenbeziehungen gegeben, nämlich Beijing. Mit dem Aufstieg einzelner Regionen zu veritablen Wirtschaftsmächten sind nach und nach ergänzende Drehkreuze mit hauptsächlich außenwirtschaftlichen Belangen hinzugekommen – zuerst Shanghai, in dem die mit Abstand meisten Konsulate und Generalkonsulate in China angesiedelt sind und Guangzhou im tiefen Süden, das mittlerweile allerdings von dem 1997 „wieder eingegliederten“ Hongkong Konkurrenz erhalten hat.

Fast parallel zur „Heimholung“ Hongkongs, nämlich 1997, fand jedoch eine weitere politische Neuerung mit beträchtlichen politischen Folgewirkungen statt, nämlich die Erhebung der Yangzi-Stadt Chongqing zu einer „direkt der Zentralregierung unterstellten“ Stadt. Das fernwestliche Chongqing erhielt damit – nach Beijing, Shanghai und Tianjin – als vierte Stadtkommune den Rang einer Provinz. Die Einwohnerschaft der bis dahin bevölkerungsstärksten Provinz Sichuan wurde damit um ein Drittel verringert (die Region Chongqing hat an die 30 Mio. Einwohner!) – von dem wirtschaftlichen Schlag, der der Provinz Sichuan mit der Abtrennung Chongqings angetan wurde, gar nicht zu reden!

Der wirtschaftspolitische Ehrgeiz Chongqings ist gewaltig: Will es doch zu einer Art zweitem Shanghai am westlichen Ende des Yangzi werden. Der Bau des „Drei-Schluchten-Damms“ findet hauptsächlich deshalb statt, weil Ozeanschiffe vom „Drachenkopf“ im Osten/Shanghai bis zum „Drachenschwanz“ im Westen/Chongqing ungehindert passieren sollen.

Wer die immer vernebelte und regenverhangene Stadt heutzutage besucht, wird bombardiert von Eindrücken eines enormen Fortschritts,

die sich vor allem im neuen Stadtbild und in den dortigen Wolkenkratzen verdinglicht. Auch die wirtschaftlichen Pläne Chongqings sind nicht gerade bescheiden: Bis zum Jahr 2010 will es sein BIP vervierfachen – und zwar gemessen am Stand von 1995. Der höchstrangige Funktionär von Chongqing, der von Beijing ernannte Parteisekretär Zhang Delin (Jahrgang 1939), ist Absolvent der Beijinger Qinghua-Universität und gehört damit zu der in China zurzeit einflussreichsten „Mitschüler-Seilschaft“, der sich u.a. auch Parteichef Jiang Zemin zurechnet (vgl. dazu auch C.a., 1997/6, Ü 5).

Kein Wunder, dass Chongqing inzwischen auch Appetit auf eigene „außenpolitische“ Beziehungen entwickelt hat, zumal die Stadt schon in „halbkolonialer“ Zeit ein wichtiges konsularisches Zentrum war.

Bis Mitte 2000 unterhielten Japan, Kanada, Großbritannien, die USA und eine Reihe südostasiatischer Länder Konsulate oder Generalkonsulate in Chongqing, daneben allerdings auch in Chengdu, der Hauptstadt der Provinz Sichuan, und in Kunming, der Hauptstadt der Provinz Yunnan.

Deutschland und Australien haben mittlerweile Studiengruppen entsandt, die sich Gedanken über die Errichtung von General-/Konsulaten auch dieser Länder machen sollen.

Chen Xiao, der Direktor des „Städtischen Amtes für Auswärtige Angelegenheiten von Chongqing“, geht davon aus, dass sich die Millionenstadt schon bald zu einem Konsularzentrum in Westchina entwickelt und dass die beiden anderen „Konkurrenz“-Städte schnell abgehängt werden.

Chongqing hat mittlerweile 80 ha als Standorte ausländischer Konsulate zur Verfügung gestellt und unterhält gleichzeitig die größte Abteilung für Auslandsangelegenheiten in Westchina.

Inzwischen hat die Stadt, die mit ihren 30 Mio. Einwohnern übrigens die größte „Stadtgemeinde“ der Welt wäre, zählte man die Umlandbevölkerung noch mit hinzu, Wirtschaftsbeziehungen zu rund 140 Ländern der Welt aufgenommen.

Im April 2000 eröffnete sie ihre erste internationale Flugroute nach Europa, und zwar nach München (XNA, 12.6.00). -we-

7 Globalisierungskonferenz in Beijing

Vom 14. bis 16. Juni 2000 fand in Beijing die vom chinesischen Konsultativausschuss ausgerichtete „21st Century Forum-Conference 2000“ statt, an der 500 Teilnehmer aus 20 Staaten teilnahmen und bei der das Thema „Economic Globalization – Asia and China“ im Mittelpunkt stand. Zu den Hauptrednern gehörten Ministerpräsident Zhu Rongji und der Präsident des WEF (World Economic Forum) Klaus Schwab (XNA, 15.6.00).

Schwab stocherte bei seiner Rede in einer chinesischen Wunde herum, indem er nämlich eine Verstärkung des elektronischen Handels als entscheidende Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Volkswirtschaften herausstellte. Das Thema „Internet“ wird von vielen defensiv eingestellten und in Sicherheitskategorien denkenden Führungsmitgliedern der KPCh bekanntlich als ein nach wie vor überaus heikles Thema betrachtet. Da Schwab dies offensichtlich wusste und chinesischen Befürchtungen den Wind aus den Segeln nehmen wollte, warnte er in seinem Beitrag ausdrücklich vor „kulturellem Hegemonismus“ (XNA, 15.6.00) – ob er damit wohl auch Ängste beschwichtigen wollte, dass China sich allzu stark „verwestlichen“ könnte?

Ein anderer prominenter Redner war der frühere Ministerpräsident Singapurs, Lee Kuan Yew, der auf die enormen Fortschritte Chinas seit dem Beginn der Reformen von 1978 hinwies: Chinas BIP hänge mittlerweile zu 36% von der Außenwirtschaft ab. Außerdem sei China mit einem jährlichen Durchschnittswachstum von 9,8% (seit Ende 1978) die schnellst wachsende Volkswirtschaft der Welt, die – gleich hinter den USA – außerdem die weltweit meisten Investitionen habe an sich ziehen können. Die Zahl der Armen sei von 250 Mio. in 1978 auf 42 Mio. in 1998 zurückgegangen – ein schlagender Beweis dafür, dass China von der zunehmenden „Globalisierung“ profitiert habe. Gera-

de die VRCh sei ein besonders „gutes Beispiel für die positiven Auswirkungen der Globalisierung“, betonte Lee (XNA, 15.6.00). John Malcolm Fraser, der frühere australische Ministerpräsident, wies darauf hin, dass sich die VR China auch bei der Abwehr der Asienkrise (1997ff.) vorbildhaft geschlagen habe (XNA, 15.6.00).

Ministerpräsident Zhu Rongji brachte ähnliche Zahlen wie Lee Kuan Yew: Von 1979 bis 1998 sei die chinesische Volkswirtschaft durchschnittlich um 9,7% gewachsen – Weltrekord! Nach 14 Jahren Verhandlung stehe China kurz vor dem WTO-Beitritt (XNA, 17.6.00).

Bei der Konferenz wurden, vor allem von chinesischer Seite, auch immer wieder Mahnungen zu einem erhöhten Beitrag der fortgeschrittenen Wirtschaftsmächte ausgesprochen. Hoch entwickelte Länder seien verpflichtet, den Entwicklungsländern zu helfen (XNA, 17.6.00). Zwar habe sich der Beitrag der Entwicklungsländer zum Außenhandel von 12% im Jahre 1970 auf 20% im Jahre 1998 erhöht – dank der Handelsglobalisierung. Doch gebe es hier immer noch ein Missverhältnis zwischen Bevölkerungszahl und Handelsvolumen (XNA, 15.6.00).

Der Stellvertretende Vorsitzende des Konsultativausschusses, Chen Jinhua, wies auf die Ambivalenz der WTO hin: Sie schaffe zwar einerseits gewaltige Möglichkeiten für einen erhöhten Kapital-, Technologie-, Güter- und Arbeitsfluss, bringe aber auch die Gefahr von Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Länder mit sich (XNA, 15.6.00).

Im Anschluss an die Konferenz brachte die VR China am 28. Juni 2000 auf einer Sondertagung der UNO über gesellschaftliche Entwicklungen in Genf einen Vier-Punkte-Vorschlag ein: (1) Grundvoraussetzung für jede soziale Verbesserung seien „Friede und Entwicklung“ – eine Forderung aus Deng Xiaopings Vermächtnis! (2) Aller Globalisierung zum Trotz müsse jedes Land die Möglichkeit der Unabhängigkeit und der Freiheit von Einmischungen genießen. Die Verschiedenheit in der Welt sei zu respektieren – also „kein Ende der Geschichte“! (3) Wirtschaftliche Globalisierung setze eine „faire und vernünftige Neue Ökonomische Ordnung“ voraus, bei

der, unter Mitbeteiligung der Entwicklungsländer, die „Spielregeln“ ebenfalls neu festgelegt werden müssten. (4) Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung bleibe die zentrale Aufgabe der Entwicklungsländer. Vor allem müssten dort Armut und Arbeitslosigkeit bekämpft werden. Der Schlüssel hierfür liege in der wirtschaftlichen Entwicklung. Gesellschaftlicher Fortschritt andererseits könne dafür sorgen, dass auch die ökonomischen und die ökologischen Rahmenbedingungen für ein anhaltendes wirtschaftliches Wachstum verbessert würden (XNA, 29.6.00). Die Einhaltung der „Copenhagen Declaration and Programme of Action“, die 1995 bei der Weltgipfelkonferenz für Soziale Entwicklung beschlossen wurde, sei bisher in der Praxis leider bei weitem nicht eingelöst worden (XNA, 29.6.00)! -we-

8 Kopfzerbrechen mit dem Internet: eine Konferenz in Shanghai

Fast gleichzeitig mit der Beijinger Globalisierungskonferenz hatte in Shanghai (vom 5. bis 6. Juni) ein „Asia-Pacific Regional Forum on Urban Information“ stattgefunden, das über Fragen wie Informationsindustrie, Anwendung von Informationstechnologie sowie über den Austausch und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet zwischenstädtischer Information diskutierte. Am 6. Juni wurde ein „Shanghai Manifesto“ unterzeichnet, in dem der Informationsaustausch als ein von der Wirtschaftsglobalisierung untrennbarer Prozess bezeichnet wurde, der künftig Handel, Investitionen und Technologietransfer aufs Stärkste beeinflussen (XNA, 6., 7.6.00). Dem Thema „Internet“ sei einfach nicht auszuweichen! Seit 1996 sind daher immer wieder gesetzliche Bestimmungen notwendig geworden (zur Erstfassung der „Vorläufigen Bestimmungen über die Kontrolle Internationaler Datennetze“ vgl. C.a., 1996/2, Ü 15). Am meisten Kopfzerbrechen bereitet hier immer wieder die Kontrolle. Zuständig war hier zunächst die „Führungsgruppe des Staatsrats für Wirtschaftsinformation“. Mit der Novellierung von 1997 ging das Kontrollrecht jedoch auf die „Führungsgruppe des Staatsrats für Informationstechnologie“ (*guowuyuan xinxihua gongzuo*

lingdao xiaozu) über, an deren Spitze kein Geringerer als Politbüromitglied Zou Jiahua steht. Die Gruppe ist einerseits für Entwicklung, Planung und Koordinierung der Informationstechnologie im Zeitraum des 9. Fünfjahresplans (1996-2000) zuständig, soll gleichzeitig aber auch Kontrollaufgaben erfüllen – und vor allem allzu viele unerwünschte westliche Einflüsse fernhalten – ein Kampf gegen die Hydra!

Das Internet ist in China seit Juni 1995 für die Öffentlichkeit zugänglich, der Zugang freilich wird streng kontrolliert. Zwei allgemeine und vier Sondernetze stehen zur Verfügung, nämlich einerseits das vom Postministerium betriebene „Chinanet“ und das vom Ministerium für Elektronikindustrie betriebene „GBnet“ (Golden Bridge Network). Zusätzlich gibt es vier Spezialnetze, darunter für die Akademie der Wissenschaften und die Akademie der Sozialwissenschaften (vgl. hierzu C.a., 1997/5, Ü 17). -we-

Innenpolitik

9 Reorganisation des Medien- und Propagandaapparats der Partei

Im Medien- und Propagandaapparat der Partei wurden seit Ende Juni mehrere personelle und organisatorische Veränderungen vorgenommen. Wie Hongkonger Quellen berichten, handelt es sich um den Beginn einer geplanten weit reichenden Restrukturierung dieses wichtigen Elements parteistaatlicher Kontrolle, mit dem die Parteileitung auf wahrgenommene Herausforderungen im ideologischen Bereich reagiert.

So wurden Ende Juni die folgenden personellen Umbesetzungen in fünf zentralen Medien- und Propagandaorganisationen bekannt:

- Neuer Direktor des Verlags der Volkszeitung (*Renmin Ribao*), des offiziellen Organs der KPCh, wurde Bai Keming, der frühere stellvertretende Leiter der Propagandaabteilung des ZK der Partei (*Zhonggong zhongyang*